

Ökologisch ein Papiertiger

Bund verzichtet trotz Versprechen auf Recycling-Couverts

PIETER POLDERVAART

Im Zug der Umstellung auf ein neues Corporate Design will die Bundesverwaltung, aller Ökologie zum Trotz, ihre Post nicht mehr in Umweltschutz-Couverts versenden.

Sieben Millionen Franken jährlich soll die Übung mit dem Namen «Corporate Design Bund» (CD) sparen helfen. Dank ihr wird ab nächstem Jahr auf allen Publikationen der Departemente und Bundesämter einheitlich ein klar definiertes Schweizerkreuz prangen. Doch die Designer nahmen auch das Papier der Verwaltung unter die Lupe – und kippten Couverts aus Recyclingpapier aus dem Programm.

«In letzter Zeit wurde ihre Stabilität immer schlechter. Nicht nur das für den Einkauf zuständige Bundesamt für Bauten und Logistik hatte Probleme beim maschinellen Verpacken, auch von der Post kamen ähnliche Rückmeldungen», begründet Norbert Löhner, CD-Programmleiter in der Bundeskanzlei, den Verzicht auf das Graupapier.

FACHLEUTE STREITEN. Diese Aussage dementiert Post-Sprecher Dario Ballanti: «Zwischen den Sorten Weiss und Recycling gibts diesbezüglich keinen Unterschied mehr.» Doch der Entscheid steht: Über 90 Prozent der jährlich 30 Millionen Bundes-Couverts waren bisher

in Recyclingqualität, ein grosser Teil davon wird künftig weiss. Dabei wählt man immerhin Papier mit FSC-Label, das Zellstoff garantiert, der aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammt.

Das FSC-Label dient nun dazu, dem ungeliebten Graupapier elegant den Rücken zu kehren. «Bisher meinte man, nur graue Couverts seien umweltfreundlich. Das stimmt heute nicht mehr, entsprechend hat man mit dem neuen CD davon Abstand genommen», so Felix Spahr, früherer Leiter der Arbeitsgruppe CD.

EIN AFFRONT. Diese Meinung sei falsch, widerspricht Kuno Roth, Co-Leiter der Aktion «urwaldfreundlich.ch» von WWF, Greenpeace und Bruno-Manser-Fonds: «FSC-Papier ist zwar besser als konventionelles, aber Recyclingpapier ist ökologisch klar das beste. Warum der Bund seine Vorbildfunktion nicht wahrnimmt, ist mir unerklärlich.» Schon über 560 Gemeinden haben sich verpflichtet, wenn immer möglich Recyclingpapier zu verwenden.

«Die neue Regelung ist ein Affront gegenüber all jenen, die Umweltschutz im Kleinen umsetzen», kritisiert auch Barbara Würmli, Geschäftsleiterin des Fördervereins für umweltverträgliche Papiere und Büroökologie. Das Argument, die Verpackungsmaschinen

kämen mit Recycling-Produkten nicht klar, sticht für sie nicht: «Die Qualität von Recyclingpapier ist jener von Frischfaserprodukten ebenbürtig.»

Zurückhaltend geben sich jene Bundesämter, die Ökologie als Kernthema bearbeiten und jetzt in einen Argumentationsnotstand geraten. «Wir müssen uns an die neue Vorschrift halten und werden auf weisse Couverts wechseln», erklärt Marianne Zünd, Sprecherin des Bundesamts für Energie. Zugeknöpft gibt sich das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal): «Weil die Couvertbeschaffung nicht in unsere Kompetenz fällt, kommentieren wir sie nicht», meint BUWAL-Sprecherin Elisabeth Maret.

WIDERSPRÜCHE. Die Wahl von Frischzellstoff widerspricht den Zielen des Programms «Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung» (Rumba), das der Bundesrat 1999 lancierte. Gemäss Rumba ist der Anteil des Recyclingpapiers allerdings sinkend. Kommentar im Umweltbericht 2005 der Bundesverwaltung, der auch auf die Couvertbeschaffung zutrifft: «Der Trend widerspricht ökonomischen und ökologischen Zielen des Bundes, denn Recyclingpapier ist 20 Prozent billiger und vermindert die Umweltbelastung um 78 Prozent.»

> www.rumba.admin.ch



Für Umweltschützer dicke Post. Dass der Bund weisse Couverts verwenden will, stösst auf Kritik. Key

Mit gutem Beispiel voran

KANTONE ALS VORBILD. Während sich der Bund mit Recyclingpapier schwer tut, läuten immer mehr Kantone eine Trendwende ein. Basel-Stadt schreibt seit Jahren vor, entweder Recycling- oder FSC-Papier zu verwenden: «Schnelllebiges wie Schulhefte und Couverts sind konsequent aus Recyclingpapier hergestellt», erklärt Urs Jossen, Leiter der Materialzentrale. Bei Grossversänden wie Stimmunterlagen oder Lohnabrechnungen gebe es keinerlei Probleme mit den Verpackungsmaschinen. Auch das Baselbieter Bau- und Umweltschutzdepartement stellte im Mai 2005 um, andere Departemente sollen folgen. Landesweit Vorreiter ist der Kanton Genf, wo beim Kopieren 99 Prozent Recyclingpapier verwendet wird. Auch Zürich ökologisiert die Bürokratie und will den Anteil von 20 Prozent Graupapier auf 50 Prozent steigern. Im Januar 2006 wird ein Rating von «urwaldfreundlich.ch» zeigen, wo die Kantone stehen. pld

nachrichten

Die Affäre um BAZL-Chef Raymond Cron schwelt weiter

ZÜRICH. Batigroup-Chef Werner Helfenstein kritisiert in einem Interview mit der «Sonntagszeitung» Raymond Cron, den in eine Strafuntersuchung wegen Vermögensdelikten verwickelten früheren Batigroup-Spartenleiter: Der heutige BAZL-Chef habe seinen Auftrag offenbar um jeden Preis erfüllen wollen. Die von Cron mit Sonderprämien begünstigten Batigroup-Angestellten seien gut bezahlte Mitarbeiter gewesen, die reguläre Boni erhielten, sagte Helfenstein. Cron habe keineswegs als Robin Hood gehandelt. «Vor allem führt man Leute mit solch unrechtmässigen Methoden auf den falschen Weg», kritisierte er. Helfenstein sagte weiter, Crons Abschiedsgeschenk seiner Mitarbeiter, eine Reise im Wert von 3000 Franken, sei unkorrekterweise über das Konto der Spartenleitung bezahlt worden. Der Batigroup-Chef wahrte sich gegen den Vorwurf, der Fall Cron sei ein Fall Batigroup oder ein Fall Helfenstein: «Es ist erstaunlich, dass diese Verdächtigung aufkommt. Ich habe ja selbst die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.» AP

Wer schummelt, kommt nächstes Jahr an die Kasse

BERN. Versicherte, welche ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlen, müssen ab Anfang des nächsten Jahres damit rechnen, dass die Kasse die Kostenübernahme suspendiert und die medizinische Versorgung eingeschränkt wird. Die entsprechende Änderung des Krankenversicherungsgesetzes hat all jene Profiteure im Visier, die sich durch ständigen Kassenwechsel vor dem Bezahlen der Rechnungen drücken. Denn neu ist es nicht mehr erlaubt, die Kasse zu wechseln, solange nicht alle Ausstände beglichen sind. In der Vergangenheit gab es laut Santésuisse, dem Dachverband der Krankenversicherer, immer wieder Schlaumeier, die sich angesichts der langen Verfahrensdauer mittels Kassenwechsel vor Zahlungen zu drücken versuchten. Ihnen soll nun das Handwerk gelegt werden. AP

ANZEIGE



BUCHERER

Für die schönsten Momente im Leben. Seit 1888.